

STATISTISCHES
BUNDESAMT
WIESBADEN

FACHSERIE **K**

ÖFFENTLICHE SOZIALLEISTUNGEN

Reihe 3

Wohngeld

1. Vierteljahr 1976

Statistisches Bundesamt
Bibliothek



VERLAG W. KOHLHAMMER, STUTT GART UND MAINZ
Bestellnummer: 290300 – 760301

Inhalt

	Seite
Vierteljährliche Wohngeldstatistik	3
1 Empfänger von Wohngeld und Wohngeldanspruch in den einzelnen Monaten	
1.1 Mietzuschuß	6
1.2 Lastenzuschuß	8
1.3 Wohngeld insgesamt	10
2 Bearbeitungsfälle der Bewilligungsstellen für Wohngeld nach Art der Erledigung und gezahlte Wohngeldbeträge im 1. Vierteljahr 1976	12

Zeichenerklärung

- . = Nachweis für Bundesgebiet nicht möglich
- = nichts vorhanden
- 0,0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit, die in der Tabelle zur Darstellung gebracht werden kann

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen. Den Anteilswerten liegen die ungerundeten Besetzungszahlen zugrunde.

Eckdaten einzelner Merkmale in den verschiedenen Tabellen können aus maschinentechnischen Gründen geringfügig voneinander abweichen. Von einer Bereinigung dieser Differenzen wurde wegen des unverhältnismäßig hohen Aufwandes abgesehen.

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet; sie schließen Berlin (West) ein.

Erschienen im November 1976

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Preis: DM 2,--

Jahresbezugspreis DM 7,-- (für einen kompletten Berichtsjahrgang)

Vierteljährliche Wohngeldstatistik

Wohngeldanspruch und Wohngeldzahlungen im 4. Vierteljahr 1975

Wohngeld wird bei Erfüllung der gesetzlichen Bestimmungen¹⁾ auf Antrag als Zuschuß des Staates zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens gewährt. Es soll dem anspruchsberechtigten Haushalt Wohnraum ermöglichen, der seinen jeweiligen Familienverhältnissen entspricht.

Über die Auswirkungen der Wohngeldgewährung wird nach Maßgabe des § 35 2. WoGG eine Bundesstatistik durchgeführt; sie erstreckt sich auf eine Vierteljahres- und auf eine Jahresaufbereitung. Vierteljährlich werden die Angaben über Zahl und Art der Anträge, über die Entscheidungen der Bewilligungsstellen für das jeweils abgelaufene Berichtsvierteljahr, die Summe der in diesem Zeitraum ausgezahlten Beträge (Kassenbuchungen) sowie Zahl und Art der in den letzten zwölf Monaten ergangenen Bewilligungen und die für die gleichen Monate geltend gemachten Wohngeldansprüche nachgewiesen. In der Jahresaufbereitung werden dagegen Strukturdaten in tief gegliederten Merkmalskombinationen nachgewiesen.

In diesem Aufsatz werden die Ergebnisse für das vierte Quartal 1975 dargestellt. Darüber hinaus sollen die Besonderheiten sowie die damit verbundene Problematik der vierteljährlichen Wohngeldstatistik dargestellt und die Veränderungen innerhalb eines längeren Zeitabschnitts am Beispiel des Zahlenmaterials vorangegangener Vierteljahre unter Berücksichtigung der Auswirkungen der rückwirkenden Bewilligungen und nachträglichen Rückforderungen aufgezeigt werden.

Die Ergebnisse der vierteljährlichen Wohngeldstatistik werden entsprechend den Bestimmungen des § 35 2. WoGG auf zwei verschiedene Arten aufbereitet. Einerseits handelt es sich dabei um eine Bestandsaufnahme der Zahl der Wohngeldempfänger zum Ende des jeweils abgelaufenen Quartals, der Summe der durch die Kassen im Laufe von drei Monaten ausgezahlten Beträge sowie der Arbeitsbelastung der Wohngeldbewilligungsstellen im Berichtsvierteljahr. Andererseits werden vierteljährlich jeweils für die letzten zwölf Monate die Empfänger von Wohngeld und die geltend gemachten Wohngeldansprüche erfaßt.

Veränderungen der Bestandszahlen der Wohngeldempfänger und des Wohngeldes in den abgelaufenen Vierteljahren

Das Wohngeld wird in der Regel für einen Zeitraum von zwölf Monaten, beginnend mit dem Monat, in dem der Antrag gestellt wurde, bewilligt. Falls die Voraussetzungen für die Bewilligung jedoch erst in einem späteren Monat eintreten, so beginnt der Bewilligungszeitraum in diesem Monat. Wohngeld kann aber auch rückwirkend für Zeiten vor dem Monat der Genehmigung bewilligt werden, sobald sich im Bewilligungszeitraum die Zahl der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder erhöht, die Miete bzw. Belastung um mehr als 15 % ansteigt oder das Familieneinkommen sich um mehr als 15 % verringert. Gezahltes Wohngeld kann außerdem zurückgefordert werden, wenn es der Empfänger zu Unrecht erhielt und die ungerechtfertigte Genehmigung bzw. Auszahlung zu vertreten hat.

Das Ergebnis einer Vierteljahresaufbereitung enthält für die Monate des Berichtsvierteljahres die Zahl der erstmals bewilligten Anträge und die Zahl der in den vorangegangenen Monaten genehmigten Anträge, deren Bewilligungszeitraum sich in das Berichtsvierteljahr erstreckt, sowie die darin geltend gemachten Wohngeldansprüche; für die Monate der drei vorangegangenen Kalenderviertel-

jahre werden außer der Zahl der im betreffenden Vierteljahr genehmigten und aus den vorangegangenen Quartalen übernommenen Fälle bzw. Ansprüche zusätzlich die im Berichtsvierteljahr erfolgten rückwirkenden Bewilligungen abzüglich der eventuellen nachträglichen Widerrufen bzw. Rückforderungen nachgewiesen.

Daraus ergibt sich, daß die in einem abgelaufenen Berichtsvierteljahr erstmals festgestellten Bestandszahlen sich in den darauffolgenden drei Quartalen ändern können und daß eine Vierteljahresaufbereitung folglich nur vorläufige Ergebnisse enthält. Nach zwölf Monaten ist die Zahl der rückwirkenden Veränderungen verhältnismäßig gering, so daß es ausreicht, wenn in der Wohngeldstatistik die revidierten Bestände nur für die vier jeweils abgelaufenen Vierteljahre nachgewiesen werden. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen haben sich — von wenigen Ausnahmen abgesehen — die für die Monate eines Vierteljahres (nach Ablauf des Berichtsvierteljahres) erstmals erfaßten Bestandszahlen im darauffolgenden Vierteljahr verhältnismäßig stark, im zweiten schon wesentlich schwächer und im dritten Vierteljahr nur noch geringfügig erhöht (siehe Tabelle 2).

Verwendung der Vierteljahresergebnisse

Den obigen Ausführungen zufolge können die Ergebnisse einer Vierteljahresaufbereitung in verschiedenen Zusammensetzungen betrachtet bzw. verwendet werden.

Erstergebnisse

Das Nächstliegende ist, die Daten für die einzelnen Vierteljahre so zu verwenden, wie sie aus der Datenaufbereitung der betreffenden Berichtsvierteljahre — Erstergebnisse — zur Verfügung stehen. Diese Angaben eignen sich für rasche Vergleichsanalysen, aus denen Erkenntnisse über Entwicklungstendenzen der Bestandszahlen gewonnen werden können.

In Tabelle 1 sind die Wohngeldempfänger und Wohngeldansprüche im Monatsdurchschnitt für die vier Quartale des Jahres 1975 nach dem erstmalig aufbereiteten Ergebnis des jeweiligen Vierteljahres — Erstergebnisse — zusammengestellt. Daraus geht hervor, daß 1975 in jedem Vierteljahr die Zahl der Wohngeldempfänger gewachsen ist. Die Erhöhung lag im zweiten Quartal bei rd. 8 % und im dritten und vierten Vierteljahr bei jeweils knapp 4 %. Bei den Wohngeldansprüchen war die Zunahme mit rd. 10 bzw. gut 4 % noch deutlicher, was auf einen Anstieg des durchschnittlichen Wohngeldanspruchs hinweist.

Bei den einzelnen Bundesländern weichen die Zuwachsraten vom Bundesdurchschnitt zum Teil sehr stark ab. Die stärkste Zunahme der Bewilligungen ist bei Rheinland-Pfalz zu beobachten. Sie lag — jeweils gegenüber dem vorangegangenen Vierteljahr — im zweiten Quartal bei knapp 21 %, im dritten bei über 7 % und im vierten bei rd. 8 %; beim Wohngeldanspruch waren es 25 % im zweiten und 9 % im vierten Quartal. Am niedrigsten war der Zuwachs bei den Empfängern von Wohngeld im zweiten Quartal (— 5 %) in Hessen, im dritten (1,2 %) in Schleswig-Holstein und im vierten Quartal (— 1,5 %) in Berlin (West) und beim Wohngeldanspruch im zweiten Vierteljahr (— 4 %) in Hessen, im dritten (1,2 %) in Schleswig-Holstein und im vierten Quartal (— 1 %) in Berlin (West).

Rückwirkend geänderte Ergebnisse

Noch wichtiger als die „Erstergebnisse“ der einzelnen Quartale sind für wohnungs-, finanz- und sozialpolitische Überlegungen die durch rückwirkende Bewilligungen ergänzten Zahlen der einzelnen Berichtsvierteljahre.

Zur Erläuterung der rückwirkenden Änderungen soll hier der Vergleich der Bestandszahlen der Wohngeldempfänger und der Wohngeldansprüche für das erste Vierteljahr 1975 mit den Ergänzungen aus den drei folgenden Quartalen, die sich auf diese Berichtszeit beziehen, dargestellt werden.

¹⁾ Siehe Zweites Wohngeldgesetz (2. WoGG) vom 14. 12. 1970 (BGBl. I S. 1637) und Neufassung vom 14. 12. 1973 (BGBl. I S. 1863).

Tabelle 1: Empfänger von Wohngeld und Wohngeldanspruch ohne rückwirkende Änderungen aus den folgenden Quartalen

Land Bundesgebiet	Monatsdurchschnitt							
	im Jahr 1975	im ... Vierteljahr 1975						Zu (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber 3. Vierteljahr
		1.	2.	Zu (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber 1. Vierteljahr	3.	Zunahme (+) gegenüber 2. Vierteljahr	4.	
1 000	1 000	1 000	%	1 000	%	1 000	%	
Empfänger								
Schleswig-Holstein	94,8	89,9	94,9	+ 5,6	96,1	+ 1,2	98,2	+ 2,2
Hamburg	76,5	68,2	78,0	+ 14,4	79,7	+ 2,2	80,0	+ 0,4
Niedersachsen	194,0	167,6	193,8	+ 15,6	204,0	+ 5,2	210,5	+ 3,2
Bremen	33,5	31,2	33,0	+ 5,8	34,5	+ 4,5	35,1	+ 1,7
Nordrhein-Westfalen	533,9	485,0	529,6	+ 9,2	546,6	+ 3,2	574,2	+ 5,1
Hessen	125,6	124,1	117,9	- 5,0	126,1	+ 7,0	134,3	+ 6,5
Rheinland-Pfalz	61,1	50,0	60,3	+ 20,5	64,7	+ 7,3	69,5	+ 7,5
Baden-Württemberg	150,0	133,8	147,5	+ 10,2	155,5	+ 5,4	163,0	+ 4,8
Bayern	212,8	203,3	213,1	+ 4,8	216,3	+ 1,5	218,5	+ 1,0
Saarland	22,3	22,2	21,9	- 1,3	22,4	+ 2,1	22,8	+ 2,0
Berlin (West)	110,6	104,4	111,9	+ 7,2	113,8	+ 1,7	112,1	- 1,5
Bundesgebiet ...	1 615,0	1 479,8	1 602,1	+ 8,3	1 659,8	+ 3,6	1 718,4	+ 3,5
Wohngeldanspruch in DM								
Schleswig-Holstein	6 672,0	6 240,9	6 694,2	+ 7,3	6 777,6	+ 1,2	6 975,5	+ 2,9
Hamburg	5 554,8	4 676,4	5 698,1	+ 21,8	5 903,4	+ 3,6	5 941,1	+ 0,6
Niedersachsen	14 199,2	11 959,6	14 112,8	+ 18,0	15 057,5	+ 6,7	15 667,0	+ 4,0
Bremen	2 560,2	2 287,2	2 515,6	+ 10,0	2 674,6	+ 6,3	2 763,2	+ 3,3
Nordrhein-Westfalen	39 217,6	34 894,2	38 829,5	+ 11,3	40 240,3	+ 3,6	42 906,4	+ 6,6
Hessen	9 001,2	8 748,0	8 408,9	- 3,9	9 078,0	+ 8,0	9 769,9	+ 7,6
Rheinland-Pfalz	4 246,3	3 367,4	4 200,7	+ 24,7	4 508,5	+ 7,3	4 908,7	+ 8,9
Baden-Württemberg	10 594,3	9 363,6	10 392,9	+ 11,0	11 012,8	+ 6,0	11 607,7	+ 5,4
Bayern	14 647,3	13 855,0	14 696,4	+ 6,1	14 905,0	+ 1,4	15 132,8	+ 1,5
Saarland	1 591,4	1 551,3	1 557,2	+ 0,4	1 606,2	+ 3,1	1 651,0	+ 2,8
Berlin (West)	6 744,6	6 256,1	6 798,8	+ 8,7	6 995,0	+ 2,9	6 928,6	- 0,9
Bundesgebiet ...	115 028,9	103 199,7	113 905,2	+ 10,4	118 758,8	+ 4,3	124 251,8	+ 4,6

Tabelle 2: Empfänger von Wohngeld und Wohngeldansprüche im 1. Vierteljahr 1975 mit rückwirkenden Veränderungen bis zum Jahresende 1975

Ergebnis für die Monate ... 1975	Ergebnis am 31. 3. 1975	Rückwirkende Veränderungen im		Er- gänzt Ergebnis am 31. 12. 1975
		2.	3.	
	1 000	%		1 000
Empfänger				
Januar	1 551	9,6	2,3	1 744
Februar	1 485	14,7	3,4	1 765
März	1 404	20,3	5,1	1 777
Monatsdurchschnitt	1 480	14,7	3,5	1 762
Wohngeldanspruch in DM				
Januar	108 399	11,4	2,9	124 838
Februar	103 626	17,3	4,2	127 115
März	97 574	23,8	6,4	128 605
Monatsdurchschnitt	103 200	17,3	4,4	126 853

Aus der Gegenüberstellung (siehe Tabelle 2) der vier Ergebnisse für das erste Quartal 1975 geht hervor, daß am 31. 3. 1975 die Zahl der Empfänger von Wohngeld im Monatsdurchschnitt bei rd. 1 480 000 lag (Erstergebnis). Durch rückwirkende Bewilligungen und nachträgliche Rückforderungen im zweiten Quartal 1975 stieg diese Zahl um 14,7% (erste Erhöhung). Durch weitere auf das erste Quartal rückwirkende Änderungen im dritten und vierten Vierteljahr des Jahres 1975 nahm die Zahl der Wohngeldempfänger im Monatsdurchschnitt um weitere 3,5 bzw. knapp 1% zu; die Zahl der Haushalte, die für das erste Vierteljahr 1975 Wohngeld bezogen haben, ist dementsprechend im Verlauf von vier aufeinanderfolgenden Quartalen auf rd. 1 762 000 angestiegen und lag somit gegenüber dem Erstergebnis um rd. 19% höher. Bei den Wohngeldansprüchen kann in den auf das Berichtsvierteljahr folgenden drei Quartalen eine noch stärkere Ergänzung der Bestandszahlen festgestellt werden. So ist z. B. die Summe der Ansprüche für das erste Quartal 1975 nach dem Erstergebnis im Monatsdurchschnitt von 103,2 Mill. DM im zweiten Vierteljahr um über 17% und im dritten und vierten Quartal um weitere 4,4 bzw. 1,2% auf durchschnittlich rd. 126,9 Mill. DM angestiegen; dies entspricht

einer Zunahme gegenüber dem Erstergebnis von rd. 23%. Den verhältnismäßig stärkeren Zunahmen bei den Wohngeldansprüchen kann entnommen werden, daß der durchschnittliche Wohngeldanspruch bei den rückwirkenden Bewilligungen höher lag.

Bei der Betrachtung der Zahlen für die einzelnen Monate ist festzustellen, daß in der Wohngeldstatistik für das erste Vierteljahr 1975 die Zahl der Empfänger von Wohngeld und auch die Summe der Wohngeldansprüche im Januar gegenüber den entsprechenden Daten im Februar und März um etwa 5 bzw. 10% höher lag. Diese Verhältnisse haben sich jedoch infolge der im zweiten, dritten und vierten Quartal eingetretenen, auf das erste Vierteljahr rückwirkenden Bewilligungen stark verändert, so daß nach dem vierten und letzten Ergebnis für das erste Vierteljahr 1975 die Bestandszahlen sowohl bei den Empfängern von Wohngeld als auch bei den Wohngeldansprüchen für Januar am niedrigsten und für März am höchsten waren.

Um auch für das zweite, dritte und vierte Vierteljahr 1975 mit vergleichbaren Zahlen arbeiten zu können, wurden die noch vorläufigen Ergebnisse für diese Quartale

Tabelle 3: Ergänzung der erstmaligen Vierteljahresergebnisse durch rückwirkende Bewilligungen und nachträgliche Rückforderungen bei den darauffolgenden Aufbereitungen für 1975 im Monatsdurchschnitt

Berichtszeitraum	Erstmaliges Ergebnis		Ergän- zungen ¹⁾
	1 000	%	
Empfänger			
1. Vierteljahr	1 480	1 762	19,1
2. Vierteljahr	1 602	1 802	12,5
3. Vierteljahr	1 660	1 825	9,9
4. Vierteljahr	1 718	1 904	10,8
Jahresdurchschnitt	1 615	1 823	12,9
Wohngeldanspruch in DM			
1. Vierteljahr	103 200	126 853	22,9
2. Vierteljahr	113 905	131 474	15,4
3. Vierteljahr	118 759	134 168	13,0
4. Vierteljahr	124 252	141 185	13,6
Jahresdurchschnitt	115 029	133 420	16,0

¹⁾ Die für das zweite, dritte und vierte Vierteljahr zu erwartenden Ergänzungen sind bei den Ergebnissen durch Hochrechnungen mit Erfahrungswerten berücksichtigt.

Tabelle 4: Bearbeitungsfälle und Aufwendungen für Wohngeld im 4. Vierteljahr 1975

Land	Bearbeitungs-fälle insgesamt	Erledigte Bearbeitungsfälle ¹⁾								Unerledigte Bearbeitungsfälle am Vierteljahrsende		Im Vierteljahr gezahlte Wohngeldbeträge ²⁾ 1 000 DM
		zusammen		bewilligte Anträge		darunter Erstanträge		Einstellungen, Versagungen, Abichnungen zusammen		1 000	%	
		1 000	% von Sp. 1	1 000	% von Sp. 2	1 000	% von Sp. 4	1 000	% von Sp. 2			
Schleswig-Holstein	34,3	27,3	79,5	20,5	75,4	5,9	28,5	6,7	24,6	7,0	20,5	23 075,6
Hamburg	23,8	18,5	77,5	14,8	80,4	6,7	45,3	3,6	19,6	5,4	22,5	17 930,3
Niedersachsen	133,5	78,1	58,5	63,3	81,0	14,2	22,4	14,8	19,0	55,4	41,5	55 791,1
Bremen	27,3	24,0	88,0	20,5	85,4	2,2	10,8	3,5	14,6	3,3	12,0	8 574,6
Nordrhein-Westfalen	352,3	258,4	73,4	208,8	80,8	39,4	18,9	49,6	19,2	93,9	26,6	149 841,2
Hessen	72,1	57,1	79,3	37,9	66,4	11,0	29,0	19,2	33,6	14,9	20,7	33 413,3
Rheinland-Pfalz	48,3	22,6	46,7	16,6	73,8	6,5	39,2	5,9	26,2	25,8	53,3	17 472,3
Baden-Württemberg	111,9	66,1	59,1	51,5	77,8	13,3	25,8	14,7	22,2	45,8	40,9	42 689,7
Bayern	132,5	83,0	62,6	65,6	79,1	13,7	20,9	17,4	20,9	49,5	37,4	52 374,1
Saarland	13,7	7,5	55,0	6,1	80,8	1,9	31,8	1,4	19,2	6,2	45,0	5 631,5
Berlin (West)	88,8	62,1	69,9	53,4	86,0	7,6	14,2	8,7	14,0	26,7	30,1	22 881,1
Bundesgebiet	1 038,5	704,7	67,9	559,1	79,3	122,4	21,9	145,5	20,7	333,8	32,1	429 674,8

¹⁾Ohne Zurückziehungen und Berichtigungen. — ²⁾Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen.

mit Hilfe von Erfahrungswerten — die aufgrund der Ergebnisse vorangegangener Zeiträume errechnet wurden — um die noch zu erwartenden rückwirkenden Änderungen ergänzt (siehe Tabelle 3). Aufgrund dieser behelfsmäßigen Berechnungen darf angenommen werden, daß die endgültige Zahl der Wohngeldempfänger im Monatsdurchschnitt des Jahres 1975 nach Einbeziehung der zu erwartenden rückwirkenden Bewilligungen etwa bei rd. 1,8 Mill. liegen dürfte und der monatliche Wohngeldanspruch für 1975 im Durchschnitt 1,34 Mill. DM betragen wird.

Im vierten Quartal 1975 haben sich also die Bestandszahlen der Empfänger von Wohngeld und noch mehr die Wohngeldansprüche sowohl gegenüber dem dritten Vierteljahr 1975 als auch gegenüber dem vergleichbaren Quartal des Vorjahres weiter erhöht.

Arbeitsbelastung der Bewilligungsstellen und Wohngeldgewährungen

Den nach Landesrecht für die Gewährung von Wohngeld zuständigen Verwaltungsbehörden (Bewilligungsstellen) lagen im vierten Vierteljahr rd. 1 039 000 Anträge zur Bearbeitung vor; davon waren 302 000 aus dem vorangegangenen Vierteljahr übernommen und 736 000 sind im Laufe des vierten Quartals hinzugekommen (siehe Tabelle 4). Von den Anträgen wurden rd. 705 000 (68 %) fertig bearbeitet; 334 000 konnten aus den verschiedensten Gründen nicht abschließend bearbeitet werden und mußten in das folgende erste Quartal 1976 übernommen werden. Der Anteil der unerledigten Anträge an den zur Bearbeitung vorliegenden Fällen, der als Überhang von einem Vierteljahr ins andere übernommen wurde, liegt in den vier Quartalen des Jahres 1975 zwischen 29 und 32 % und entspricht etwa der Zahl der in einem Monat neu eingereichten Anträge.

Bei 80 von 100 erledigten Anträgen wurde im vierten Vierteljahr Wohngeld neu bzw. weiter bewilligt, etwa bei

jedem fünften Fall mußte das bisher gewährte Wohngeld eingestellt, die Bewilligung versagt oder der Antrag abgelehnt werden.

Insgesamt konnte im vierten Vierteljahr 1975 auf 559 000 Anträge Wohngeld neu bewilligt werden. Etwa 22 % der Antragsteller (Erstanträge) kamen erstmals in den Genuß von Wohngeld; bei dem größten Teil der Fälle handelt es sich um Wiederholungsanträge. Dem ist jedoch hinzuzufügen, daß die Aussagekraft der Aufgliederung der erledigten Anträge nach „Erstbewilligungen“ und „Weitergewährungen“ durch voneinander abweichende Praktiken der Bundesländer eingeschränkt ist. Wenn der Antragsteller vorher schon Wohngeld bezog und die Zahlung zwischen den Bewilligungszeiträumen kurzfristig unterbrochen war, wird von einzelnen Ländern die neue Bewilligung als „Weitergewährung“ angesehen, von anderen Ländern dagegen als „Erstantrag“.

Die Auszahlungen von Wohngeld, das je zur Hälfte vom Bund und den Ländern aufgebracht wird, beliefen sich im vierten Quartal 1975 auf rd. 429,7 Mill. DM. Sie lagen somit nur geringfügig niedriger (0,2 %) als die Summe der Kassenbuchungen im dritten Quartal 1975. In diesen Beträgen können außer den Bewilligungen für die gleiche Zeit auch Beträge enthalten sein, die noch im vergangenen Quartal genehmigt, aber nicht mehr ausgezahlt wurden sowie nachträglich rückwirkend anerkannte Ansprüche und Rückforderungen. Sie können daher mit den für dieselbe Zeit geltend gemachten Wohngeldansprüchen nicht gleichgesetzt werden.

Ein Nachweis nach Miet- und Lastenzuschußempfängern ist hier nicht möglich, weil von mehreren Ländern Auszahlungen nach Art des Zuschusses aus technischen Gründen nicht getrennt werden können.

1 Empfänger von Wohngeld und Wohngeldanspruch

(Stand:

1.1 Miet

Lfd. Nr.	Land Gemeinde mit ... Einwohner	1975				
		April	Mai	Juni	Juli	August
						Fälle
1	Schleswig-Holstein	93,4	93,7	93,6	93,1	92,6
2	Hamburg	74,6	77,1	77,0	77,6	78,4
3	Niedersachsen	180,7	183,6	185,3	186,5	187,9
4	Bremen	34,1	34,6	35,1	35,5	35,8
5	Nordrhein-Westfalen	578,4	581,4	585,1	584,6	582,3
6	Hessen	122,1	124,3	126,5	128,5	129,8
7	Rheinland-Pfalz	68,7	69,1	69,2	69,2	69,0
8	Baden-Württemberg	169,6	171,1	171,8	172,3	172,9
9	Bayern	221,4	221,4	221,0	220,1	219,0
10	Saarland	19,3	19,8	19,9	19,9	20,0
11	Berlin (West)	116,0	116,8	117,3	117,4	117,6
12	Bundesgebiet	1 678,2	1 692,8	1 701,9	1 704,7	1 705,4
13	unter 100 000	796,3	803,2	809,1	810,3	811,9
14	100 000 bis unter 500 000	394,7	396,9	397,9	398,2	397,3
15	500 000 und mehr	487,2	492,8	494,9	496,2	496,2
						Beträge
16	Schleswig-Holstein	6 473,7	6 503,5	6 511,2	6 477,0	6 438,3
17	Hamburg	5 486,5	5 615,9	5 710,0	5 783,8	5 862,1
18	Niedersachsen	13 070,6	13 346,7	13 510,7	13 637,9	13 763,6
19	Bremen	2 646,5	2 696,3	2 751,9	2 806,0	2 840,4
20	Nordrhein-Westfalen	42 535,4	42 906,1	43 288,6	43 315,6	43 223,4
21	Hessen	8 746,1	8 937,6	9 092,2	9 258,1	9 382,6
22	Rheinland-Pfalz	4 736,0	4 777,2	4 799,1	4 800,6	4 803,2
23	Baden-Württemberg	12 000,0	12 136,3	12 186,0	12 249,3	12 311,8
24	Bayern	14 877,3	14 911,7	14 913,3	14 869,7	14 815,9
25	Saarland	1 332,6	1 386,6	1 399,4	1 401,9	1 409,6
26	Berlin (West)	7 169,7	7 243,1	7 285,8	7 326,3	7 342,3
27	Bundesgebiet	119 074,4	120 461,1	121 448,3	121 926,1	122 193,1
28	unter 100 000	56 456,0	57 124,3	57 636,5	57 787,2	57 978,3
29	100 000 bis unter 500 000	28 162,4	28 439,0	28 582,1	28 690,9	28 688,8
30	500 000 und mehr	34 456,0	34 897,8	35 229,6	35 448,1	35 526,0
						DM je
31	Schleswig-Holstein	69	69	70	70	70
32	Hamburg	74	73	74	75	75
33	Niedersachsen	72	73	73	73	73
34	Bremen	78	78	78	79	79
35	Nordrhein-Westfalen	74	74	74	74	74
36	Hessen	72	72	72	72	72
37	Rheinland-Pfalz	69	69	69	69	70
38	Baden-Württemberg	71	71	71	71	71
39	Bayern	67	67	67	68	68
40	Saarland	69	70	70	70	71
41	Berlin (West)	62	62	62	62	62
42	Bundesgebiet	71	71	71	72	72
43	unter 100 000	71	71	71	71	71
44	100 000 bis unter 500 000	71	72	72	72	72
45	500 000 und mehr	71	71	71	71	72

*) Wegen rückwirkender Bewilligungen mit den entsprechenden Zahlen in vorangegangenen Veröffentlichungen

in den einzelnen Monaten *)

31.3.1976)

zuschuß

1975				1976			Lfd. Nr.
September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	

in 1 000

92,7	93,0	93,1	93,0	85,0	83,0	80,1	1
79,3	80,2	81,2	82,1	76,7	76,0	67,8	2
189,1	190,0	190,5	190,4	168,8	164,9	159,6	3
36,1	36,6	37,1	35,5	33,7	32,8	31,9	4
582,1	582,9	581,8	580,3	535,6	515,1	484,8	5
131,0	134,3	136,3	132,7	129,7	124,6	121,1	6
69,3	69,4	69,2	69,4	51,5	49,9	48,6	7
171,1	171,1	171,0	165,0	143,0	136,5	128,3	8
217,7	216,6	215,1	214,2	201,3	194,8	185,1	9
20,0	20,1	20,2	20,3	17,5	16,9	16,0	10
117,7	117,3	116,6	116,2	110,8	111,1	109,8	11
1 706,4	1 711,6	1 711,9	1 699,1	1 553,5	1 505,8	1 433,0	12
813,1	816,5	817,6	811,7	718,2	693,2	660,5	13
396,8	397,7	397,5	394,6	365,7	354,1	337,6	14
496,5	497,4	496,9	492,8	469,6	458,4	434,9	15

in 1'000 DM

6 444,7	6 481,8	6 494,3	6 497,5	5 863,9	5 706,9	5 458,2	16
5 947,4	6 028,8	6 112,7	6 203,6	5 718,8	5 643,4	4 863,6	17
13 852,0	13 901,3	13 923,2	13 909,5	11 905,8	11 568,6	11 125,3	18
2 870,3	2 923,1	2 968,1	2 864,9	2 642,4	2 557,7	2 465,0	19
43 255,5	43 374,1	43 351,6	43 272,7	39 847,7	38 147,9	35 710,6	20
9 472,9	9 719,8	9 857,5	9 596,5	9 320,0	8 902,1	8 602,0	21
4 828,8	4 842,0	4 836,4	4 856,8	3 434,1	3 316,6	3 208,6	22
12 192,4	12 180,3	12 162,5	11 746,7	10 095,3	9 602,7	8 971,3	23
14 731,5	14 666,3	14 577,7	14 523,2	13 658,8	13 197,9	12 478,9	24
1 413,6	1 423,8	1 431,7	1 443,0	1 239,7	1 187,7	1 116,4	25
7 363,2	7 342,3	7 301,9	7 263,5	6 890,8	6 897,7	6 785,8	26
122 372,5	122 883,5	123 017,7	122 178,0	110 617,2	106 729,1	100 785,6	27
58 085,3	58 382,3	58 486,1	58 092,8	50 771,9	48 789,2	46 215,8	28
28 690,2	28 799,8	28 809,2	28 619,6	26 332,7	25 381,9	24 034,7	29
35 597,0	35 701,5	35 722,4	35 465,6	33 512,6	32 557,9	30 535,1	30

Fall

70	70	70	70	69	69	68	31
75	75	75	76	75	74	72	32
73	73	73	73	71	70	70	33
79	80	80	81	78	78	77	34
74	74	75	75	74	74	74	35
72	72	72	72	72	71	71	36
70	70	70	70	67	66	66	37
71	71	71	71	71	70	70	38
68	68	68	68	68	68	67	39
71	71	71	71	71	70	70	40
63	63	63	63	62	62	62	41
72	72	72	72	71	71	70	42
71	72	72	72	71	70	70	43
72	72	72	73	72	72	71	44
72	72	72	72	71	71	70	45

ungen nicht vergleichbar.

1 Empfänger von Wohngeld und Wohngeldanspruch

(Stand:

1.2 Lasten

Lfd. Nr.	Land Gemeinde mit ... Einwohner	1975				
		April	Mai	Juni	Juli	August
Fälle						
1	Schleswig-Holstein	10,1	10,2	10,1	10,0	9,9
2	Hamburg	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
3	Niedersachsen	26,0	26,2	26,3	26,2	26,1
4	Bremen	1,2	1,2	1,2	1,2	1,1
5	Nordrhein-Westfalen	31,8	31,9	31,9	31,5	30,5
6	Hessen	6,7	6,9	7,1	7,3	7,4
7	Rheinland-Pfalz	6,3	6,3	6,3	6,1	6,0
8	Baden-Württemberg	9,4	9,4	9,4	9,3	9,3
9	Bayern	17,7	17,5	17,4	17,2	17,0
10	Saarland	4,3	4,3	4,3	4,2	4,1
11	Berlin (West)	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
12	Bundesgebiet	115,1	115,4	115,5	114,5	112,9
13	unter 100 000	102,0	102,3	102,4	101,6	100,3
14	100 000 bis unter 500 000	7,6	7,6	7,6	7,5	7,3
15	500 000 und mehr	5,5	5,5	5,5	5,4	5,3
Beträge						
16	Schleswig-Holstein	918,2	921,3	919,9	904,6	893,5
17	Hamburg	64,5	63,5	63,3	61,5	61,9
18	Niedersachsen	2 711,2	2 742,3	2 748,6	2 732,1	2 713,2
19	Bremen	99,6	99,4	99,9	100,9	99,0
20	Nordrhein-Westfalen	3 347,7	3 349,3	3 344,4	3 299,4	3 167,7
21	Hessen	648,6	665,7	683,4	700,9	710,1
22	Rheinland-Pfalz	601,0	600,9	602,6	585,2	569,4
23	Baden-Württemberg	910,3	909,4	909,2	898,5	885,0
24	Bayern	1 893,1	1 867,7	1 843,1	1 814,5	1 779,2
25	Saarland	365,3	373,0	371,4	363,1	357,0
26	Berlin (West)	51,0	50,1	50,4	50,8	49,7
27	Bundesgebiet	11 610,4	11 642,7	11 636,3	11 511,4	11 285,6
28	unter 100 000	10 402,7	10 434,7	10 430,0	10 319,1	10 125,8
29	100 000 bis unter 500 000	728,6	732,7	731,3	721,6	697,4
30	500 000 und mehr	479,1	475,3	474,9	470,7	462,4
DM je						
31	Schleswig-Holstein	91	91	91	91	90
32	Hamburg	81	80	80	78	79
33	Niedersachsen	104	105	105	104	104
34	Bremen	86	86	86	87	86
35	Nordrhein-Westfalen	105	105	105	105	104
36	Hessen	96	96	96	96	96
37	Rheinland-Pfalz	96	96	96	96	95
38	Baden-Württemberg	96	97	96	96	96
39	Bayern	107	107	106	105	105
40	Saarland	85	86	86	86	86
41	Berlin (West)	70	70	70	71	71
42	Bundesgebiet	101	101	101	101	100
43	unter 100 000	102	102	102	102	101
44	100 000 bis unter 500 000	96	96	96	96	96
45	500 000 und mehr	87	87	87	86	86

*) Wegen rückwirkender Bewilligungen mit den entsprechenden Zahlen in vorangegangenen Veröffentlichungen

in den einzelnen Monaten*)

31.3.1976)

zuschuß

1975				1976			Lfd. Nr.
September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	

in 1 000

9,8	9,8	9,8	9,8	8,8	8,3	7,8	1
0,8	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7	0,6	2
26,2	26,0	25,8	25,8	22,2	20,9	19,4	3
1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	1,0	0,9	4
30,3	30,1	29,8	29,5	24,9	22,9	20,8	5
7,6	7,7	7,8	7,5	6,9	6,5	5,9	6
6,0	5,9	5,9	5,8	4,4	4,0	3,7	7
9,0	8,9	8,8	8,7	7,0	6,3	5,7	8
16,7	16,5	16,4	16,4	14,6	13,6	12,5	9
4,1	4,0	4,0	4,0	3,3	3,1	2,8	10
0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	11
112,3	111,6	111,0	110,2	94,5	87,9	80,6	12
99,7	99,1	98,5	97,8	83,6	77,7	71,2	13
7,2	7,2	7,1	7,1	6,2	5,8	5,3	14
5,3	5,3	5,3	5,3	4,7	4,4	4,1	15

in 1 000 DM

889,3	885,6	883,9	886,4	793,9	755,3	708,6	16
62,0	62,8	63,9	64,2	56,7	54,3	43,8	17
2 699,2	2 665,5	2 643,3	2 625,5	2 207,5	2 079,2	1 926,8	18
99,4	98,9	99,1	97,3	87,1	81,7	77,7	19
3 133,3	3 109,1	3 069,7	3 046,2	2 566,5	2 356,5	2 138,7	20
723,9	738,1	750,0	720,7	664,5	620,7	572,7	21
565,6	559,1	554,2	549,3	399,1	365,7	331,6	22
858,8	846,6	836,5	822,3	658,6	594,3	530,0	23
1 737,8	1 706,3	1 681,7	1 674,6	1 492,0	1 396,3	1 273,7	24
353,6	350,7	346,1	346,0	292,9	270,8	245,5	25
50,7	50,6	50,1	49,9	45,5	44,2	43,4	26
11 173,5	11 073,4	10 978,6	10 882,3	9 264,3	8 618,9	7 892,4	27
10 025,5	9 934,8	9 849,3	9 763,4	8 289,4	7 707,5	7 058,8	28
688,6	678,2	671,1	666,0	580,0	540,6	496,0	29
459,4	460,5	458,1	452,9	394,9	370,9	337,6	30

Fall

90	90	90	90	91	91	91	31
78	79	79	80	79	79	76	32
103	103	102	102	100	100	100	33
87	87	86	87	85	85	84	34
104	103	103	103	103	103	103	35
96	96	96	96	96	96	96	36
95	94	94	94	91	90	90	37
95	95	95	94	94	94	94	38
104	103	102	102	102	102	102	39
86	87	87	87	88	88	88	40
71	71	71	72	72	71	71	41
100	99	99	99	98	98	98	42
101	100	100	100	99	99	99	43
95	95	94	94	93	93	93	44
86	86	86	86	85	84	83	45

ungen nicht vergleichbar.

1 Empfänger von Wohngeld und Wohngeldanspruch

(Stand:

1.3 Wohngeld

Lfd. Nr.	Land Gemeinde mit ... Einwohner	1975				
		April	Mai	Juni	Juli	August
Fälle						
1	Schleswig-Holstein	103,5	103,8	103,7	103,1	102,5
2	Hamburg	75,4	77,9	77,8	78,4	79,2
3	Niedersachsen	206,6	209,8	211,6	212,7	214,1
4	Bremen	35,3	35,8	36,2	36,7	37,0
5	Nordrhein-Westfalen	610,2	613,3	617,0	616,1	612,8
6	Hessen	128,8	131,2	133,7	135,8	137,3
7	Rheinland-Pfalz	75,0	75,3	75,5	75,3	75,0
8	Baden-Württemberg	179,0	180,5	181,2	181,6	182,2
9	Bayern	239,1	238,9	238,4	237,3	236,0
10	Saarland	23,6	24,2	24,3	24,1	24,1
11	Berlin (West)	116,7	117,5	118,0	118,1	118,3
12	Bundesgebiet	1 793,2	1 808,2	1 817,4	1 819,2	1 818,3
13	unter 100 000	898,3	905,4	911,5	911,9	912,2
14	100 000 bis unter 500 000	402,2	404,5	405,5	405,7	404,6
15	500 000 und mehr	492,7	498,2	500,4	501,6	501,6
Beträge						
16	Schleswig-Holstein	7 391,9	7 424,8	7 431,1	7 381,6	7 331,7
17	Hamburg	5 551,1	5 679,5	5 773,4	5 845,3	5 923,9
18	Niedersachsen	15 781,8	16 089,1	16 259,3	16 369,9	16 476,8
19	Bremen	2 746,1	2 795,7	2 851,8	2 906,9	2 939,4
20	Nordrhein-Westfalen	45 883,1	46 255,4	46 633,1	46 615,0	46 391,2
21	Hessen	9 394,7	9 603,3	9 775,5	9 959,0	10 092,6
22	Rheinland-Pfalz	5 337,0	5 378,1	5 401,7	5 385,8	5 372,5
23	Baden-Württemberg	12 910,3	13 045,7	13 095,2	13 147,8	13 196,8
24	Bayern	16 770,4	16 779,4	16 756,4	16 684,2	16 595,1
25	Saarland	1 697,9	1 759,7	1 770,8	1 765,1	1 766,6
26	Berlin (West)	7 220,6	7 293,2	7 336,2	7 377,1	7 392,0
27	Bundesgebiet	130 684,8	132 103,9	133 084,5	133 437,6	133 478,7
28	unter 100 000	66 858,7	67 559,0	68 066,6	68 106,2	68 104,1
29	100 000 bis unter 500 000	28 891,1	29 171,7	29 313,5	29 412,5	29 386,2
30	500 000 und mehr	34 935,1	35 373,1	35 704,5	35 918,8	35 988,3
DM je						
31	Schleswig-Holstein	71	72	72	72	72
32	Hamburg	74	73	74	75	75
33	Niedersachsen	76	77	77	77	77
34	Bremen	78	78	79	79	79
35	Nordrhein-Westfalen	75	75	76	76	76
36	Hessen	73	73	73	73	74
37	Rheinland-Pfalz	71	71	72	72	72
38	Baden-Württemberg	72	72	72	72	72
39	Bayern	70	70	70	70	70
40	Saarland	72	73	73	73	73
41	Berlin (West)	62	62	62	62	62
42	Bundesgebiet	73	73	73	73	73
43	unter 100 000	74	75	75	75	75
44	100 000 bis unter 500 000	72	72	72	72	73
45	500 000 und mehr	71	71	71	72	72

*) Wegen rückwirkender Bewilligungen mit den entsprechenden Zahlen in vorangegangenen Veröffentlichungen

in den einzelnen Monaten *)

31.3.1976)

insgesamt

1975				1976			Lfd. Nr.
September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	

in 1 000

102,6	102,8	102,9	102,8	93,8	91,3	87,8	1
80,1	81,0	82,0	82,9	77,4	76,7	68,4	2
215,3	216,0	216,3	216,2	191,0	185,7	179,0	3
37,3	37,8	38,2	36,6	34,7	33,8	32,8	4
612,4	613,0	611,6	609,8	560,5	538,0	505,6	5
138,6	142,0	144,1	140,2	136,6	131,1	127,0	6
75,3	75,3	75,1	75,3	55,8	54,0	52,3	7
180,1	180,0	179,8	173,7	150,0	142,9	134,0	8
234,4	233,1	231,6	230,6	215,9	208,5	197,5	9
24,1	24,2	24,2	24,3	20,8	19,9	18,8	10
118,5	118,0	117,3	116,9	111,5	111,8	110,4	11
1 818,7	1 823,2	1 822,9	1 809,3	1 648,0	1 593,7	1 513,6	12
912,8	915,6	916,1	909,5	801,8	770,9	731,7	13
404,1	404,9	404,6	401,7	371,9	360,0	342,9	14
501,8	502,7	502,2	498,1	474,3	462,8	438,9	15

in 1 000 DM

7 334,0	7 367,4	7 378,2	7 383,9	6 657,8	6 462,2	6 166,8	16
6 009,3	6 091,6	6 176,6	6 267,8	5 775,4	5 697,7	4 907,4	17
16 551,2	16 566,8	16 566,5	16 535,0	14 113,3	13 647,8	13 052,1	18
2 969,7	3 022,0	3 067,2	2 962,2	2 729,5	2 639,4	2 542,7	19
46 388,8	46 483,2	46 421,3	46 318,9	42 414,2	40 504,4	37 849,3	20
10 196,8	10 457,8	10 607,5	10 317,2	9 984,5	9 522,8	9 174,7	21
5 394,4	5 401,1	5 390,6	5 406,1	3 833,3	3 682,2	3 540,1	22
13 051,2	13 026,9	12 999,0	12 569,0	10 753,9	10 197,1	9 501,3	23
16 469,3	16 372,6	16 259,4	16 197,8	15 150,7	14 594,2	13 752,6	24
1 767,3	1 774,5	1 777,8	1 789,0	1 532,5	1 458,5	1 361,9	25
7 413,9	7 393,0	7 352,1	7 313,4	6 936,3	6 941,9	6 829,2	26
133 546,0	133 956,9	133 996,3	133 060,3	119 881,5	115 348,0	108 678,1	27
68 110,8	68 317,0	68 355,4	67 856,2	59 061,3	56 496,7	53 274,7	28
29 378,8	29 477,9	29 480,3	29 285,6	26 912,7	25 922,6	24 530,7	29
36 056,3	36 162,0	36 180,6	35 918,5	33 907,5	32 928,8	30 872,7	30

Fall

72	72	72	72	71	71	70	31
75	75	75	76	75	74	72	32
77	77	77	76	74	73	73	33
80	80	80	81	79	78	78	34
76	76	76	76	76	75	75	35
74	74	74	74	73	73	72	36
72	72	72	72	69	68	68	37
72	72	72	72	72	71	71	38
70	70	70	70	70	70	70	39
73	73	73	74	74	73	73	40
63	63	63	63	62	62	62	41
73	73	74	74	73	72	72	42
75	75	75	75	74	73	73	43
73	73	73	73	72	72	72	44
72	72	72	72	71	71	70	45

ungen nicht vergleichbar.

2 Bearbeitungsfälle der Bewilligungsstellen für Wohngeld nach Art der Erledigung
und gezahlte Wohngeldbeträge im 1. Vierteljahr 1976

Land	Be- ar- bei- tungs- fälle ins- ge- samt	Erledigte Bearbeitungsfälle 1)								Un- erle- digte Bear- bei- tungs- fälle	Ge- zahl- te Wohn- geld- beträge ²⁾	
		zu- sam- men	davon					Versägen wegen				Ab- leh- nun- gen
			bewilligte			Ein- stel- lungen (einschl. Rück- forde- run- gen) usw.	Ober- schrei- tung d. Ein- kommens- gren- ze	son- stiger Gründe				
			Erst- an- träge	Wie- der- ho- lungs- an- träge	Er- hö- hun- gen § 29				des Wohngeldes %			
1 000								1 000	1 000 DM			

Mietzuschuß

Schleswig-Holstein	74,8	69,9	8,2	74,1	0,5	8,9	4,1	0,0	4,2	4,9	18 449,9
Hamburg	63,7	57,0	10,1	81,1	0,5	1,9	3,3	0,5	2,6	6,6	19 525,7
Niedersachsen	163,8	134,6	9,2	79,4	1,3	2,0	3,4	0,6	4,1	29,1	.
Bremen	18,6	15,4	22,1	49,6	3,2	6,2		18,9		3,1	9 080,7
Nordrhein-Westfalen	316,8	241,0	13,3	67,0	1,9	5,6	5,3	2,1	4,8	75,8	125 217,8
Hessen	77,6	63,7	15,5	56,6	0,8	26,1	-	1,0	.	13,9	29 330,8
Rheinland-Pfalz	63,8	46,3	10,7	77,4	0,7	1,9	2,6	2,4	4,3	17,4	13 143,7
Baden-Württemberg	113,4	79,4	13,5	70,0	0,9	5,0	4,8	0,8	5,0	34,0	33 651,9
Bayern	137,7	99,2	11,5	70,4	1,7	3,3	4,5	1,2	7,4	38,5	44 814,8
Saarland	15,6	12,6	12,4	75,9	0,4	2,4	2,9	6,0	-	3,1	4 078,3
Berlin (West)	67,7	47,5	21,0	60,8	1,0	5,1	4,4	3,4	4,3	20,2	.
Zusammen	1 113,2	866,6	12,5	70,3	1,3	6,0		9,9		246,6	.

Lastenzuschuß

Schleswig-Holstein	4,8	4,3	13,2	85,5	0,0	0,0	0,9	-	0,4	0,5	2 442,1
Hamburg	0,7	0,5	13,3	68,5	0,6	1,0	7,6	6,7	2,3	0,3	196,1
Niedersachsen	18,7	13,5	8,8	71,8	1,5	0,5	12,7	0,5	4,2	5,1	.
Bremen	0,7	0,6	19,1	54,6	2,7	1,3		22,3		0,1	316,9
Nordrhein-Westfalen	18,6	12,8	11,2	62,8	1,2	1,0	17,4	1,5	4,9	5,8	8 705,0
Hessen	4,7	3,6	14,7	50,3	0,6	33,2	-	1,2	.	1,1	2 301,5
Rheinland-Pfalz	5,3	3,0	12,8	63,9	0,5	0,7	10,5	5,4	6,2	2,3	1 576,0
Baden-Württemberg	6,4	3,6	14,4	58,9	0,7	1,1	19,1	0,2	5,6	2,8	2 329,7
Bayern	10,8	7,0	12,6	62,6	1,4	0,5	15,9	0,1	6,9	3,7	5 320,3
Saarland	2,8	1,9	11,9	66,8	0,7	0,7	13,4	6,5	-	0,9	939,1
Berlin (West)	0,5	0,3	16,2	55,2	1,5	2,7	7,3	10,4	6,7	0,1	.
Zusammen	74,0	51,2	11,6	66,0	1,1	3,0		18,3		22,7	.

Wohngeld insgesamt

Schleswig-Holstein	79,6	74,2	8,5	74,8	0,5	8,3	4,0	0,0	3,9	5,4	20 892,0
Hamburg	64,4	57,5	10,2	81,0	0,5	1,9	3,3	0,6	2,5	6,9	19 721,8
Niedersachsen	182,5	148,2	9,2	78,7	1,3	1,9	4,2	0,6	4,1	34,3	48 436,7
Bremen	19,2	16,0	22,0	49,7	3,2	6,0		19,1		3,2	9 397,6
Nordrhein-Westfalen	335,4	253,8	13,2	66,8	1,9	5,3	5,9	2,1	4,8	81,6	133 922,8
Hessen ³⁾	87,7	72,7	14,3	52,0	0,7	24,5	-	1,0	7,5	15,0	31 632,4
Rheinland-Pfalz	69,1	49,4	10,9	76,6	0,6	1,8	3,1	2,6	4,4	19,7	14 719,6
Baden-Württemberg	119,8	83,0	13,5	69,5	0,9	4,9	5,4	0,8	5,0	36,8	35 981,6
Bayern	148,5	106,2	11,6	69,8	1,7	3,1	5,3	1,1	7,4	42,2	50 135,1
Saarland	18,4	14,5	12,4	74,6	0,5	2,2	4,3	6,0	-	3,9	5 017,4
Berlin (West)	68,1	47,8	21,0	60,8	1,0	5,1	4,4	3,4	4,3	20,3	23 061,9
Insgesamt	1 192,6	923,2	12,3	69,7	1,3	5,8		10,9		269,4	392 918,7

1) Ohne Zurückziehungen und Berichtigungen. - 2) Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen. - 3) In Hessen sind 5 436 Ablehnungen nur in "Wohngeld insgesamt" enthalten.